

Forscher der medizinischen Fakultät der National Taiwan University bestätigten demzufolge, daß die Todesrate unter den Schilddrüsenkrebskranken aus den kontaminierten Gebäuden höher ist als in anderen Bevölkerungsgruppen. Eine andere Studie, die vom AEC im Februar 2000 im Britischen Medizinjournal Lancet

publiziert wurde, zeige ebenfalls, daß die Zahl geschädigter Chromosomen bei Menschen aus radioaktiv verseuchten Gebäuden wesentlich höher ist, als die von Kontrollgruppen.

(Zitiert nach einem Bericht von Chiu Yu-Tzu vom 29.04.2001 aus Taipeh) ●

Elbmarsch-Leukämien

Unterausschuß der SSK befaßte sich mit PAC-Kernbrennstoff in Elbmarsch und Elbgeest

Auf einer Sitzung am 29. Mai 2001 in München befaßte sich der Unterausschuß ‚Strahlenschutz bei Anlagen‘ der deutschen Strahlenschutzkommission (SSK) mit den in Elbmarsch und Elbgeest verteilten PAC-Kernbrennstoff-Kügelchen. Zuvor war die ebenfalls geplante Behandlung dieses Themas in dem von Prof. Dr. Wolfgang Köhnlein geleiteten SSK-Ausschuß ‚Strahlenrisiko‘ auf Drängen aus dem Bundesumweltministerium von der Tagesordnung genommen worden. Auf die Existenz der aus dem US-Waffenlaboratorium von Los Alamos bekannten Kernbrennstoff-Kügelchen hatte die Arbeitsgemeinschaft Physikalische Analytik und Meßtechnik (ARGE PhAM) im Januar 2001 in einem Gutachten für die Bürgerinitiative gegen Leukämie in der Elbmarsch e.V. aufmerksam gemacht. Vom Niedersächsischen Landesamt für Ökologie (NLÖ) war die Existenz des Kernbrennstoffs dagegen bestritten worden. Nach Aussagen aus der örtlichen Bevölkerung ist die Umgebung des Atomkraftwerks Krümmel und der Kernforschungsanlage GKSS wahrscheinlich seit dem 12. September 1986 mit dem Kernbrennstoff verseucht. Strah-

lentelex hatte bereits mehrfach berichtet.

Wie ARGE PhAM-Geschäftsführer Dipl.-Ing. Heinz Werner Gabriel berichtete, haben auf der SSK-Ausschußsitzung Vertreter des Bundesumweltministeriums, Behördenvertreter aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hessen, der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt (LUF) Schleswig-Holsteins, des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie (NLÖ), der Gesellschaft für Kernenergieverwertung in Schiffahrt und Schiffbau (GKSS) und Mitglieder der SSK mit ihm über das Auftreten angereicherter Urans und über Art und Inhalt der aufgefundenen Kernbrennstoff-Kügelchen diskutiert. Dabei hätten die SSK-Mitglieder die Notwendigkeit einer bislang nicht vollzogenen Datenauswertung erkannt. Der Sprecher der Verwaltungsebene, Dr. Müller, habe jedoch deutlichen Druck dahingehend ausgeübt, man möge doch beschließen, daß heute keine Erkenntnisse über beachtenswerte Aktivitäten vorlägen. Nach Hinweisen auf das Medieninteresse sei deutlich der optische Nutzungszweck eines inhaltslosen Beschlusses zu erkennen gewesen.

Bislang hatten vier verschiedene Institute in 21 von 29 Proben angereichertes Uran gefunden: die Universität Göttingen in 4 von 5 Proben, das NLÖ in 4 von 8 Proben, die Universität Gießen in 10 von 11 Proben und die Universität Marburg in 3 von 5 Proben. Die LUF hatte dagegen in ihrem Bericht entsprechende Angaben vermieden.

Im NLÖ-Bericht vom 13. März 2001 über die Belastung des Bodens in der Elbmarsch war behauptet worden, daß die aufgefundene Radioaktivität natürlichen Ursprungs sei. Nach dem Hinweis Dritter, daß diese pauschale Feststellung aber im Widerspruch zu den selbst veröffentlichten NLÖ-Daten stünde, hatte das niedersächsische Amt diese Daten mit einer Stellungnahme 10 Tage später zurückgezogen. Im ursprünglichen NLÖ-Bericht war Uran-238 und -235 mit einem Verhältnis von circa 10 ausgewiesen worden (in den Tabellen 6.2

und 11 des Berichtes). Dies entspricht angereichertem Uran, also Kernbrennstoff. Die Rücknahme dieser Daten erfolgte dann mit der Begründung, diese böten lediglich Gelegenheit für Zahlenspiele.

Nach Tabelle 6.2 des NLÖ-Gutachtens liegt die dominierende Radioaktivität außerdem in weniger als 10 Zentimetern Bodentiefe. Die NLÖ-Meßserie erfolgte dann allerdings an Böden größerer Tiefe und geringerer Radioaktivität. Man könne die Meßergebnisse anderer Institute – die in der richtigen Tiefe gemessen hatten – nicht bestätigen, verkündete das Amt anschließend. Der Kommentator von ARGE-PhAM-Geschäftsführer Gabriel: Die in Erklärungsnot geratene Atomaufsicht versuche nun, die Wissenschaftler der Strahlenschutzkommission zu der Aussage zu nötigen, es sei schon alles in Ordnung – ohne ihnen für die Prüfung der Datensätze Zeit zu geben. ●

Personalien

SSK-Vorsitzende zurückgetreten

Aus Protest gegen die Berufung des Marburger Nuklearmediziners Prof. Dr.med. Horst Kuni in einen der Ausschüsse der Strahlenschutzkommission (SSK) ist die Vorsitzende der Kommission, die Epidemiologin Prof. Dr. Maria Blettner, am 15. Mai 2001 von ihrem Amt zurückgetreten. In einem Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit kritisierte sie, die Personalpolitik von Bundesumweltminister Jürgen Trittin habe in der SSK dazu geführt, „dass nur noch allgemein über die Gefahren schwacher Strahlung debattiert wird, anstatt über die Strahlenschutzgesetzgebung“. So eine SSK brauche man nicht. Kuni habe „minimale Risiken skandalisiert“, meinte Blettner, die bis zu ihrer Berufung auf den SSK-Vorsitz im Mai 1999 durch

Trittin nicht als Strahlenschutzexpertin bekannt war. „Wenn er Recht hätte, müssten zum Beispiel alle Polizisten, die einem Castor-Behälter nahekommen, demnächst tot umkippen“, äußerte sie gegenüber der Zeit. Blettner und Kuni waren in den 90er Jahren aneinander geraten, nachdem Blettner die Konzeption der Studie über die Strahlenbelastung des fliegenden Personals der Lufthansa von Kuni kopiert und dann das Geschäft damit für sich alleine an Land gezogen hatte. Kuni war zwar der Wunschkandidat der Gewerkschaften für diese Studie gewesen, die Lufthansa wollte aber die erforderlichen Daten nur zur Verfügung stellen, wenn Frau Blettner an der Studie mitarbeitete. Schließlich erhielt Frau Blettner allein den Zuschlag. Seitdem ist von Er-